

Peter Diepold

Entwicklungshilfe in kirchlicher Verantwortung

Bericht über ein deutsch-amerikanisches Kontaktseminar

Auf Anregung der Oberkirchenräte Dr. Knuth und Krause vom Lutherischen Kirchenamt fand unter dem Titel "Kirche und Wirtschaft" an der Universität Göttingen im WS 1982/83 und im SS 1983 ein Seminar zur entwicklungspolitischen Verantwortung der Kirchen statt. Das Seminar wurde von Prof. Dr. Karl-Fritz Daiber von der Theologischen Fakultät und von Prof. Dr. Peter Diepold vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaften geleitet.

Anlaß für die Initiierung des Seminars war die Idee, mit einer an der Lutherischen Hochschule für Theologie in Chicago arbeitenden Gruppe in Kontakt zu kommen bzw. Erfahrungen auszutauschen. Die Vorstellung war, daß Praktiker der Entwicklungspolitik, die in Entscheidungszwängen stehen, mit Theoretikern, die gleichsam von außen her die Situation betrachten, über kirchliche Entwicklungspolitik und ihre ethisch-theologische Begründung ins Gespräch kommen. Die "internationale" Anlage des Seminarprojekts sollte dazu beitragen, die entwicklungspolitische Verständigung zwischen den Kirchen beider Länder wenigstens an einem Punkt versuchsweise zu verstärken. Besonders Oberkirchenrat Christian Krause hat von seinen vielfältigen Erfahrungen her auf die Notwendigkeit dieses Ansatzes verwiesen.

Im Wintersemester beschäftigte sich das Seminar schwerpunktmäßig mit Problemen der Weltwirtschaftspolitik, insbesondere mit Theorien wirtschaftlicher Entwicklung und des Welthandels, mit Stellungnahmen des Ökumenischen Rates zu wirtschaftspolitischen Fragestellungen, insbesondere zu Problemen der Weltwirtschaftsordnung, mit Problemen der theologischen Wirtschaftsethik und ihrer Implikationen für kirchliches Handeln und - fallorientiert - mit der Situation in Südafrika.

Die fallbezogene Arbeit wurde im Sommersemester intensiviert. Am Beispiel Tansanias wurden - zum Teil unter Mitwirkung von Experten - die weltwirtschaftliche Einbindung Tansanias und Einzelprobleme seiner Wirtschaftsstruktur und seiner wirtschaftlichen Entwicklung im Zusammenhang mit den Besonderheiten afrikanischer Kultur, der Rolle christlicher Mission im 19. und 20. Jahrhundert und den Möglichkeiten der einheimischen Kirchen diskutiert. Als Ergebnis der Referate und Diskussionen entstand eine Reihe von Papieren, die der Lutherischen Schule in Chicago zur Vorbereitung auf eine gemeinsame Tagung im WS 1983/84 zugeschickt wurden:

Günther Krüger: "Considerations to the Development of Tanzania"

Djürko Ulferts: "Economic Structures in Tanzania"

Thea Bogena: "Kirche in Tansania"

Christiana Brott: "Religious Trends in Tanzania"

Gemeinsames deutsch-amerikanisches Seminar

Vom 13. bis 16. November 1983 fand an der Lutheran School of Theology at Chicago ein gemeinsames Seminar statt, auf dem aufgrund der bisher erarbeiteten Grundlage gemeinsam Konsequenzen gezogen und gegebenenfalls Empfehlungen für die beiden Kirchen formuliert werden sollten.

Von deutscher Seite nahmen sieben Göttinger Theologiestudenten und die beiden Professoren Daiber und Diepold teil. Die Lutheran School of Theology at Chicago war vertreten mit fünf Hochschullehrern und 16 Studenten, davon zehn afrikanische Theologen, sowie vier Experten. Die Leitung hatte James A. Scherer, Professor für Weltmission und Kirchengeschichte an der LSTC.

Entgegen den Erwartungen der deutschen Seite stellte sich schnell heraus, daß von einer gemeinsamen Grundlage noch nicht gesprochen werden konnte. Das zeigte sich schon

äußerlich daran, daß die Veranstaltung, als "seminar" geplant, von den amerikanischen Gastgebern eher als "consultation" verstanden wurde und damit vorrangig die Funktion hatte, der amerikanischen Gruppe, die sich offenbar erst zu diesem Zeitpunkt als solche konstituierte, durch die deutschen Gäste und eingeladenen Experten einen gewissen Informationsstand zu sichern. Zum Leidwesen der diskutierfreudigen Deutschen nahm diese Informationsphase einen verhältnismäßig breiten Raum ein, so daß gemeinsame Ergebnisse und Empfehlungen eigentlich erst am letzten Nachmittag dieser Konferenz formuliert werden konnten.

Im einzelnen wurden folgende Beiträge gegeben und diskutiert (Nennung in der zeitlichen Abfolge):

Peter Diepold, Professor für Wirtschaftspädagogik, Göttingen: "Economics and Theology. Some Reflections"

stud.theol. Katharina von Kellenbach, Göttingen/Philadelphia: "Liberation Theology for Oppressors"

Karl-Fritz Daiber, Professor für Praktische Theologie, Göttingen: "Development Aid in the Responsibility of Churches - Some Theological Reflections"

Mabel Smythe, Professor für Afrikanische Studien, Northwestern University und ehemaliger Botschaft der USA in Kamerun: "Causes of Poverty in Africa's Development Nations"

David L. Vikner, a.a.O., Professor an der LSTC: "The New International Economic Order from the Standpoint for a Christian Mission Agency"

Daniel Olson, New York, Afrika-Sekretär der Lutheran Church in America, Abt. Weltmission und Ökonomie: "The History of Financial Relationships of the Lutheran Church of America with the Evangelical Lutheran Church of Tanzania"

Podiumsdiskussion afrikanischer Studenten des LSTC zum Thema "Ökonomische Realitäten in Afrika heute"

Eine Reihe von Kurzreferaten im Rahmen einer regulären Sitzung des Seminars "Church and Mission in Contemporary Africa" von Prof. Scherer zu den Themen "Historical Background of Tanzania from German Colonialism to Independence, and the Emergence of the ELCT" (Rev. Donald C. Flatt, emer. Prof. für Missionsgeschichte, LSTC) und "African Socialism in Tanzania: Ujamaa in Theory and Practice, with Critical Perspectives" (Gruppenarbeit studentischer Seminarteilnehmer), "The Process of Tanzanian Industrial Development in the Light of Self Reliance Policy" (Michael Kuchinsky).

Ergebnisse

Das Seminar in Chicago hat bisher drei Folgewirkungen gehabt. Aufgrund der Abschlußdiskussion wurden von einem kleinen Kreis deutscher und afrikanischer Teilnehmer "Recommendations for African, European and American Churches" formuliert. Diese Empfehlungen waren ihrerseits Anstoß zu einer längeren Auswertungsarbeit dreier deutscher Studenten. Beides wiederum war Ausgangspunkt einer abschließenden Diskussion der deutschen Teilnehmer im Mai 1984 in Hannover. Als Konsens der deutschen Gruppe wurden folgende Thesen formuliert:

"Die nachstehenden Überlegungen sind das Ergebnis der in der Seminararbeit erwachsenen Auffassung von der Dringlichkeit entwicklungspolitischen Handelns der Kirchen. Mit unseren Empfehlungen fordern wir Sie daher zu einem verstärkten Handeln auf im Sinne einer eindeutigen Parteinahme für die Notleidenden dieser Welt (Röm 12,2) und im Bewußtsein eines unbedingten Aufeinander-Angewiesenseins im Bemühen um eine gerechte Weltgemeinschaft.

- Parteinahme setzt nach unserer Untersuchung der vergangenen Praxis kirchlichen Dienstes für die Entwicklung Geduld und Fähigkeit voraus, den notleidenden Menschen aus seiner Betroffenheit heraus anzuhören und zu verstehen;

- sie bedeutet, immer und immer wieder ihnen überall dort Gehör zu verschaffen, wo und solange diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, und beinhaltet demzufolge
- ein bewußtseinsbildendes und -erweiterndes Handeln in der Öffentlichkeit,
- ein die eigenen Standpunkte und die eigene Position überprüfendes Handeln und
- ein gegenüber Staat und Gesellschaft kritisches Handeln.
- Unbedingtes Aufeinander-Angewiesen-Sein nötigt zur gemeinsamen Verantwortung für die Weltgemeinschaft, zumal die gegenwärtige Interdependenz der Weltregionen Folge der vergangenen Entwicklung ist, d.h. einer seit der Kolonialisierung bis zum heutigen Tage stattfindenden und auf häufig einseitige Abhängigkeit zielenden "Entwicklung". Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit seitens der abhängigen Länder der "Dritten Welt" kennzeichnen exemplarisch die Instabilität des Weltmarktes und darin die gewachsene gegenseitige Abhängigkeit. Dieser Zustand fordert Strategien, die davon ausgehen, daß eine Lösung der Konflikte sowohl in ökonomischer und sozialer als auch kultureller Hinsicht nur noch in Form partnerschaftlicher Zusammenarbeit und im Interesse aller möglich ist. Lösungsstrategien, die allein von nationalen Interessen, von transnationalen Bündnissen oder transnationalen Wirtschaftsinteressen bestimmt sind, führen zu einer weiteren Destabilisierung eines ohnehin krisenanfälligen Weltgefüges.
- "Entwicklung" ist nicht nur eine wirtschaftliche Aufgabe, sondern hat kulturelle, politische, soziale und menschliche Dimensionen. Entwicklung muß auf dem Hintergrund von "Self-Reliance" verstanden werden. Was Self-Reliance in unterschiedlichen, konkreten Situationen bedeutet, kann nur von den Adressaten selbst definiert werden. Entwicklungsdienst hat diesen komplexen

Zusammenhang zu berücksichtigen. Dabei sollten soziale Unterschiede innerhalb der Entwicklungsländer keinesfalls verstärkt werden.

Die Kirchen sollten dazu beitragen,

- die Probleme der "Dritten Welt" zu verdeutlichen,
- deren unmittelbare Zusammenhänge mit nationalstaatlich-protektionistischen und/oder monopolistischen Wirtschaftsinteressen aufzuzeigen,
- deren Zusammenhänge mit einem weder national noch ökonomisch noch ökologisch zu rechtfertigendem Rüstungsaufwand zu erhellen
- und die als Folge dieser Zusammenhänge eingetretene und das Schicksal unseres Staates mitbestimmende Abhängigkeit in seiner ökonomischen wie auch moralischen Dimension in das Bewußtsein zu heben.
- Die Kommunikation auf internationaler Ebene sollte gefördert, der Kontakt mit Menschen anderer Kulturkreise, die sich zu Besuch, zum Zweck der Arbeit oder des Studiums oder als Asylanten in der Bundesrepublik aufhalten, von den Gemeinden gesucht und vertieft werden. Über die Vermittlung konkreter Informationen über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme wird persönliches Engagement angesprochen und vielleicht auch erreicht.
- Trotz stagnierender bzw. schrumpfender Haushalte sollten die Evangelischen Landeskirchen mindestens 2 % ihres Steueraufkommens dem kirchlichen Entwicklungsdienst zur Verfügung stellen.

Über ihre Mitglieder und als Institution sollten die Kirchen Einfluß auf öffentliche Meinung, Bundesregierung und Parlament mit dem Ziel nehmen:

- Haushaltsmittel noch über die "vereinbarte", aber nie realisierte Höhe von 0,7 % des Bruttosozialprodukts hinaus für Entwicklungsprojekte zur Verfügung zu stellen (vgl. die Kundgebung zur öffentlichen Entwicklungshilfe der 6. Synode der EKD, Berlin-Spandau, 1979. Die Weltkirchenkonferenz von Uppsala 1968 forderte 2 %);
- Projekte verstärkt zu fördern, die am Bedarf der Adressaten orientiert sind, deren Ziel- und Zweckbestimmung garantiert wird, und die nicht regionale und soziale Unterschiede stabilisieren oder verschärfen;
- allen protektionistischen Bestrebungen mit Nachdruck entgegenzutreten und sich insbesondere im Bereich der EG für eine Öffnung der Grenzen für Produkte der "Dritten Welt" einzusetzen. Die wirtschaftlichen und sozialen Lasten aus entsprechenden Maßnahmen sind den Betroffenen als gerechtfertigt einsichtig zu machen. Für die Verteilung der Lasten gilt entsprechend der Grundsatz der Gleichheit;
- ihr finanzielles Engagement in internationalen Organisationen (z.B. Weltbank, Internationaler Währungsfond) deutlich zu erhöhen, um Umschuldungsaktionen zu erleichtern;
- ihren politischen Einfluß in diesen Organisationen dahingehend geltend zu machen, daß deren gegenwärtige politische Praxis einerseits auf ihre moralische Integrität und völkerrechtliche Legitimität sowie andererseits auf ihre Angemessenheit gegenüber den jeweils vorfindlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen hin überprüft wird,
- daß nicht nur ökonomische Kriterien die Vergabe von Anleihen bestimmen.

Im Rahmen unserer Fallstudien sind wir auf die unmittelbaren Zusammenhänge von Apartheid in Südafrika oder wirtschaftlichem Verfall in Tanzania einerseits und von

transnationalen Bündnisinteressen (NATO) oder transnationalen Wirtschaftsinteressen (Kaffee, Baumwolle) andererseits aufmerksam geworden. Von dieser Kenntnissnahme sind folgende Forderungen motiviert:

- Es möge jede legitime und uns zur Verfügung stehende Möglichkeit genutzt werden, monopolistische Praktiken transnationaler Unternehmen und mit ihnen die Menschenwürde verachtenden Auswirkungen aufzuzeigen, sie zu kontrollieren und ihren Einfluß zu reduzieren.
- Es mögen alle Anstrengungen unternommen werden, den gegenseitigen Rüstungswettlauf zu stoppen, die Rüstungsaufgaben zu verringern, die Regierungen beider Machtblöcke zu drängen, ihre starren Positionen aufzugeben, die unterbrochenen Abrüstungsverhandlungen wiederaufzunehmen, sog. "vertrauensbildende Maßnahmen" einzuleiten und vor allem die Völkerrechte zu achten, anstatt sie zugunsten strategischer Überlegungen zu mißachten.

Die beiden letzten Forderungen sind in diesem allgemeinen und appellativen Charakter wiederholt formuliert worden. Deren Wiederholung zeigt aber nach wie vor die Dringlichkeit, auf deren Hintergrund sie erhoben werden.

Die Gruppe der deutschen Seminarteilnehmer bereitet zur Zeit eine Veröffentlichung der Arbeitspapiere vor. Sie hofft, auf diese Weise Anstöße zu weiteren ähnlichen internationalen und interdisziplinären Veranstaltungen zu geben.